

Annette Mühlberg,
ver.di Bundesvorstand
Leiterin des Referats
eGovernment, Neue Medien,
Verwaltungsmodernisierung
annette.muehlberg@verdi.de

Rede bei der Veranstaltung "Rettet die Privatkopie!" der Initiative
Privatkopie.net am 23.01.03, Humboldt-Universität, Berlin

Sehr verehrte Damen und Herren,

wir haben jetzt eine Menge zu den technischen Details des Digital Rights
Managements gehört und können klar festhalten:

Bei "Digital Rights" handelt es sich nicht um Rechte der Bürgerinnen und
Bürger in der von uns neu zu gestaltenden Online Welt, sondern um Hürden und
Hindernisse, die den Bürgern bei der Nutzung des von ihnen erworbenen
Eigentums eingebaut werden sollen.

Der Eigentumsbegriff erfährt bei digitalen Werken eine radikale Wendung zu
Lasten der Käufer.

Sie werden zum Spielball der jeweiligen Vorgaben der Medienindustrie, die
ihnen je nach Verkaufsstrategie technisch verankerte Nutzungsbeschränkungen
auferlegt.

Die Balance zwischen Rechten der Urheber und Nutzer ist zugunsten dritter,
der Medienunternehmen, gekippt.

Der Gesetzgeber nimmt uns bei vollem Bewußtsein das bisher garantierte Recht
auf selbstbestimmte private Nutzung.

Und argumentiert wird ausgerechnet mit den Interessen der Künstlerinnen und
Autoren, die doch selbst von dem strangulierenden Verbot des privaten
Kopierens betroffen wären.

Wer weiß denn besser als unsere kreativen Köpfe, dass Wissen nur auf der
Basis des Austauschs und der Information über vorangegangene Erfahrung und
Wissen beruht?!

Alles was wir heute produzieren steht auf den Schultern von Riesen, auf den
Schultern unendlicher Generationen von Vorfahren.

Was heißt das für unsere Gesellschaft? Ein kleiner Exkurs:

Gesellschaft war schon immer Wissensgesellschaft:
Technischer Fortschritt hing davon ab, dass allgemeine und spezielle
Kenntnisse in der Ausbildung, in Schulen und Hochschulen erworben und in der
Gesellschaft verbreitet wurden.

Regionen, die über eine hohe Wissensdichte verfügten, führten auch in der technischen und wirtschaftlichen Entwicklung.

Gesellschaft war auch schon immer Kulturgesellschaft:

Nationale Identität, kulturelle Eigenarten beruhten auf geteilten Beständen an Literatur, Musik und Tradition.

Und die demokratische Gesellschaft beruhte überdies darauf, dass Wissenserwerb und kulturelle Ausbildung tendenziell allen zur Verfügung stehen:

Neben den Schulen und Universitäten entstanden so Volkshochschulen, Bildungsvereine und andere Institutionen. Das 19. Jahrhundert war in Deutschland gekennzeichnet von der radikalen Stärkung öffentlicher Infrastruktur: nicht nur die öffentliche Versorgung mit Grundbedarf wie Energie und Wasser, sondern auch mit Bildung und Wissen wurde als wesentlich erachtet für Demokratie, Wohlstand und Bürgeridentität.

Und das nicht nur in Deutschland, sondern, mit nationalen Besonderheiten, in ganz Europa.

Und gerade mit den neuen Kommunikationstechnologien eröffnet sich die große Chance, unserer gemeinsamen Tradition einen zukunftsweisenden Push zu geben.

Demokratie, Allgemeinwohl und das Internet passen doch wunderbar zusammen.

Was haben wir denn all die letzten Jahre diskutiert?

Wir alle, die alte und die neue Regierung, Unternehmerinnen, Künstler, egal, wir alle haben doch geradezu zelebriert, dass mit PC und vor allem dem Internet, die Demokratisierung von Bildung und Wissen in eine neue Etappe getreten ist.

Journalisten schrieben sich die Finger wund, es entstanden Hochglanzbroschüren zu "Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft"; "Internet für alle!" lautete die Parole.

"Zugänglichkeit" ist seit Jahren das Stichwort aller großen staatlichen Programme - handele es sich um die Milliarden, die in Electronic Government oder in die Unterstützung von E-Learning gesteckt werden.

Soll all dies jetzt nur eine Marketingvariante der IT-Firmen gewesen sein (der wir auf den Leim gingen), um Steuergelder für den Aufbau von IT-Infrastruktur locker zu machen, und sobald diese steht, sie mit dem Digital Rights Management in zentralen Fragen der Verfügungsgewalt von Medienunternehmen zu unterstellen?

Nicht den Bürgern?! Nicht demokratisch legitimierten Gremien?!

Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger war doch die Idee! Die Chance war, geographische und zeitliche Beschränkungen locker zu überwinden.

Teilhabe an Bibliotheken, die ihre Mitglieder selbst in entlegene Gegenden erreichen können, Teilhabe an Meinungsbildung und Meinungsbekundung, an Kultur, an Wissenschaft und Forschung, an Aus- und Weiterbildung.

Dem Lebenslangem Lernen, eröffnen sich mit dem Internet grundlegend neue

Chancen. Könnten sich eröffnen, würde man dem Digital Rights Management nicht das Regiment überlassen.

Und von den Chancen der Zugänglichkeit und Teilhabe an weltweiter Information für sogenannte Drittweltländer haben wir noch gar nicht gesprochen.

Die wären ja auch dem Hürdenlauf des DRM unterworfen.

Und müssten - wie wir auch - ihre Hardware dem DRM anpassen, um neue, legal erworbene Produkte überhaupt nutzen zu können.

Was also passiert durch das neue Urheberrecht mit unserer Online-Welt?

Es bedeutet die Kastrierung ihrer Potentiale.

Statt den Grundstein für eine moderne Infrastruktur einer demokratischen Wissensgesellschaft (von lokaler und globaler Reichweite) zu legen, torpediert dieses neue Recht sogar die Grundideen der alten Infrastruktur.

Öffentlichen Bibliotheken wird möglicherweise der Todesstoß versetzt, indem man sie gesetzlich zur Immobilität verdonnert.

Während mit eGovernment sogar für die Verwaltung der Slogan gilt "Nicht der Bürger kommt zur Verwaltung, sondern die Verwaltung kommt zum Bürger" (auf Basis des Netzes), sollen ausgerechnet Bibliotheken ihren Mitgliedern keinen digitalen Service anbieten dürfen - außer:
sie würden Einzelverträge mit den Anbietern abschließen.

Weg von der Pauschalvergütung, hin zu einem System, das jede kleine - und große - Stadtbibliothek in die Knie zwingen würde, weil diese eine solche Flut von Einzelverträgen weder organisatorisch, personell noch finanziell leisten könnten.

Und dass angesichts der Lage kommunaler Haushalte eher mit weiteren Kürzungen als mit Aufstockungen der Finanzmittel für Bibliotheken zu rechnen ist, ist wohl sonnenklar.

Und ein letzter Punkt:

Wir hatten im Westen Mitte der 80er Jahre eine Volkszählung. Die ganze Republik war damals in Bewegung. Es gab Auseinandersetzungen pro und kontra, es gab bundesweit viele Initiativen, Aktionen und Debatten.

Doch das, worum es damals ging, eine staatlich durchgeführte Volkszählung mit der Erfassung einer inhaltlich ganz begrenzten Zahl von Fragen, das war weniger als Peanuts im Vergleich zu dem, worum es heute geht.

Alles, restlos alles, was Du abrufst, kann mit Deinem Namen verbunden werden. Man weiß über Deine Emotionen, Deine Lieblingsmelodien, über die Inhalte Deiner Lektüre, über potentielle Krankheiten (weil Du Dir zu einem bestimmten Gesundheitsthema viele Artikel runterlädst), man weiß potentiell alles über Dich - wenn keine klaren Regelungen geschaffen werden.

Und selbst das Lied, das mir mein Opa beigebracht hat, würde beim Herunterladen in sein Gegenteil verkehrt; doch ich möchte, dass es weiter gilt:

Die Gedanken sind frei, wer kann sie erraten,
sie fliehen vorbei, wie nächtliche Schatten.
Kein Mensch kann sie wissen,
kein Kerker einschließen,
es bleibt dabei: Die Gedanken sind frei.

Ich appelliere an unsere Gesetzgeber:
Gesetzgeber, Ihr seid dabei etwas zu beschließen, das Ihr nicht wollen
könnt! Haltet ein, laßt uns gemeinsam beraten, laßt uns ein Moratorium
machen!

Danke.